
Pressemitteilung

Erfurt, 04.04.2022

Energiekrise: Thüringens Autozulieferer in unverschuldeten Turbulenzen – automotive thüringen warnt vor unkalkulierbaren Risiken

at-Vorsitzender Mathias Hasecke: „Die Energiekrise hat dramatische Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Die Erwartungen verschärfen sich wöchentlich.“

Angesichts der Zuspitzung der Energiekrise fordert der Verband automotive thüringen von der Landespolitik die wirtschaftliche Stärke der automobilen und allgemeinen Zulieferindustrie zu wahren und an wirksamen, zielgenauen und befristeten Kriseninstrumenten zu arbeiten, um die gegenwärtige Situation abzufedern. Der automotive thüringen warnt eindrücklich vor der Gefahr, dass die Zulieferunternehmen der Automobilindustrie und angrenzender Branchen wegen der Energiepreise in existenzielle Schwierigkeiten geraten.

Der Vorsitzende von automotive thüringen, Mathias Hasecke, dazu: „Die steigenden Energiekosten gefährden die Unternehmen und die Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Ohne Umsatz keine Steuern. Die Industrie leistet hierzu ihren Beitrag. Doch dieser muss gesichert bleiben. Schon jetzt sind einige energieintensive Unternehmen gezwungen, ihre Produktion wegen unermüdlich steigender Gas- und Stromkosten zu drosseln. Viele mittelständische Betriebe sind darüber hinaus massiv belastet aufgrund von Materialengpässen und der Rohstoffverteuerung.“

Hasecke weiter: „Der Fokus der Landespolitik muss jetzt auf der Schaffung von Kriseninstrumenten liegen. Insbesondere müssen übergangsweise Liquiditäts-Instrumente wie die Erweiterung des Bürgschaftsfonds oder staatlicher Garantien nach dem Vorbild des Wirtschaftsstabilisierungsfonds in der Corona-Krise ermöglicht werden.“

Der Geschäftsführer von automotive thüringen, Rico Chmelik, ergänzt: „Die Zulieferer dürfen nicht von Gaslieferungen und –verfügbarkeit ausgenommen werden. Dies hätte unkontrollierbare Effekte zur Folge, die sowohl den Bestand der Unternehmen gefährden als auch zu hoher Arbeitslosigkeit führen würden. Zudem muss die Energieversorgungssicherheit zu bezahlbaren und fairen Preisen gewahrt werden. Wir fordern zudem von der Landespolitik regelmäßige Krisengespräche zur gegenseitigen Information über die Entwicklung der Energiesituation.“

Gezeichnet und V.i.S.d.P.
R. Chmelik, Geschäftsführer